

Nr.	Baugebiet	GRZ	GFZ	Z	Haustyp	Bauweise	THmax. / OKAttika	FHmax. / OKGeb.
1	WA ₁	0,4	0,8	II	H	a	7,00 m	10,50 m
2	WA ₂	0,4	0,8	II	ED	o	7,00 m	10,50 m

Nutzungsmatrix

Zeichenerklärung

- Art der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- Allgemeines Wohngebiet (WA) (§4 BauNVO)
- Maß der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB; § 16 BauNVO)
- maximale Geschossflächenzahl (GFZ)
 - maximale Grundflächenzahl (GRZ)
 - Zahl der zulässigen Vollgeschosse (Z), zwingend
 - maximale Traufhöhe/ maximale Attikaoberkante
 - maximale Firsthöhe/ maximale Gebäudeoberkante
- Bauweise, Baulinien, Baugrenzen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB; §§ 22 und 23 BauNVO)
- Baugrenze
 - offene Bauweise
 - abweichende Bauweise
 - nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
 - nur Hausgruppen zulässig (Kettenhäuser)
 - einseitige Grenzbebauung

- Verkehrsflächen, Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, Ein- und Ausfahrten** (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 - Zweckbestimmung: Verkehrsberuhigter Bereich
 - Zweckbestimmung: öffentlicher Parkplatz
- Grünflächen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
- öffentliche Grünfläche, hier: Verkehrsbegleitgrün
- Sonstige Planzeichen**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
 - geplante Soilhöhen der Straße in m ü. NN
 - Höhenfestpunkt: 179,42 m ü NN

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221),
 Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176),
 Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802),
 Hessische Bauordnung (HBO) i.d.F. vom 28.05.2018 (GVBl. I S. 198), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2023 (GVBl. S. 582).

Textliche Festsetzungen

Hinweis: Der räumliche Geltungsbereich befindet sich innerhalb des rechtskräftigen Bebauungsplans „Schwalbacher Straße“ (2019). Die entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplans „Schwalbacher Straße“ werden nach Inkrafttreten der 1. Änderung für dessen räumlichen Geltungsbereich ersetzt.

A) Planungsrechtliche Festsetzungen

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**
 - Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO)**
 Im Allgemeinen Wohngebiet sind die nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Betriebe des Beherbergungsgewerbes sowie sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen unzulässig.
 - Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**
 - Höhe baulicher Anlagen (§ 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO und § 18 Abs. 1 BauNVO)**
 - Der untere Bezugspunkt für die Ermittlung der im Bebauungsplan festgesetzten Gebäudehöhen ist die Fahrbahnoberkante (in der Straßenmitte (Endausbau) der das jeweilige Grundstück erschließenden Straße, gemessen lotrecht vor der Gebäudemitte. Die Höhenlage dieses Punktes ist durch lineare Interpolation aus den beiden benachbarten in der Planzeichnung aufgeführten Straßenhöhen zu ermitteln. Bei Eckgrundstücken (d.h. durch zwei Straßen erschlossenen Grundstücken) gilt die niedriger gelegene Straße als Bemessungsgrundlage. Der festgesetzte untere Bezugspunkt gilt auch für die Berechnung der Abstandsflächen. Bei den festgesetzten geplanten Straßenhöhen ist eine Toleranz von +/- 10 cm möglich.
 - Die maximale zulässige Traufhöhe (THmax.) ist die Schnittlinie zwischen der aufgehenden Außenwand mit der Dachhaut (an der Traufseite der Gebäude mit geneigtem Dach) oder der obere Abschluss der äußersten Wand über dem letzten möglichen Vollgeschoss bei Gebäuden mit Flachdach (OKAttika). Die maximale Traufhöhe bzw. Oberkante Attika liegt mindestens 3,0 m unterhalb der Oberkante-Gebäude (maximale Gebäudehöhe).
 - Die maximale Gebäudehöhe ist das Maß vom unteren Bezugspunkt bis zum oberen Gebäudeabschluss (es gilt bei Gebäuden mit geneigtem Dach die Firsthöhe (FHmax.) bzw. bei Gebäuden mit Flachdach die Oberkante-Gebäude (OKGeb.max.))
 - Die festgesetzte maximale Oberkante-Gebäude in den Allgemeinen Wohngebieten darf durch Anlagen zur Nutzung der Solarenergie (Photovoltaik oder Solarthermie) um maximal 1,5 m überschritten werden.
 - Aufgeständerte Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie sind nur zulässig, wenn sie mindestens ihrer jeweiligen Höhe entsprechend von der nächstgelegenen Gebäudeaußenwand abgerückt werden.
 - Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 Abs. 4 BauNVO)**
 - Abweichende Bauweise (WA1): Die Gebäude sind als Hausgruppen (Kettenhäuser) zu errichten.
 Kettenhäuser bestehen aus aneinander gereihten Häusern, die jeweils aus einem zweigeschossigen Gebäudeteil (Wohngebäude) und einer eingeschossigen Garage bestehen. Die Wohngebäude sind ohne seitlichen Grenzabstand an der östlichen Grundstücksgrenze zu errichten.
 Ausnahme: bei dem östlichen Grundstück ist die festgesetzte Baugrenze bzw. die gem. HBO erforderliche Abstandsfläche einzuhalten.



Skizze möglicher Gebäudetypologien:

- Offene Bauweise (WA2): Die Gebäude sind als Einzel- oder Doppelhäuser in offener Bauweise zu errichten, eine einseitige Grenzbebauung ist an einer Seite an der seitlichen Nachbargrenze zulässig. Vor Außenwänden, die nicht an der Nachbargrenze errichtet werden, sind die erforderlichen Abstandsflächen einzuhalten.
- Flächen für Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB und § 12 Abs. 6 BauNVO)**
 - Im Allgemeinen Wohngebiet sind außerhalb der durch Baugrenzen festgesetzten überbaubaren Grundstücksfläche nur offene und überdachte Stellplätze mit einem maximalen Abstand zur erschließenden Verkehrsfläche von 6,0 m zulässig.
 - Im Allgemeinen Wohngebiet haben Garagen mit ihren Zufahrten einen seitlichen Mindestabstand zu Verkehrsflächen und öffentlichen Grünflächen von 1,50 m einzuhalten.
- Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)**
 Im Allgemeinen Wohngebiet sind je Wohngebäude maximal zwei Wohnungen zulässig. Bei Doppel- und Kettenhäusern zählt dabei jede Haushälfte bzw. -einheit als Wohngebäude.
- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)**
 - Oberflächenbefestigung:** Befestigte, nicht überdachte Flächen der Baugrundstücke sowie private Stellplätze sind mit Ausnahme der Zu- und Abfahrten, soweit wasserwirtschaftliche Belange nicht entgegenstehen, wasserdurchlässig auszuführen. Als wasserdurchlässige Beläge gelten u.a. wasserdurchlässige Pflastersysteme, Porenpflaster, Pflasterbeläge mit einem Fugenanteil von mindestens 20 % und Einfachbefestigungen wie z.B. Schotterterrassen und wassergebundene Wegedecken.
 - Grundstücksfreifläche:** Mindestens 30 % der Grundstücksfreiflächen sind mit Laubgehölzen der Artenliste 1 und 2 zu bepflanzen. Es gilt: 1 Baum je angefangene 100 m² Grundstücksfreifläche, 1 Strauch/5 m².
 - Beleuchtung:** Zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen nachtaktiver Insekten sind für die Außenbeleuchtung ausschließlich Leuchtmittel (LED-Leuchten, Natrium-Hochdrucklampen) mit einer Farbtemperatur bis maximal 3.000 Kelvin (warmweiße Lichtfarbe) unter Verwendung vollständig gekapselter Leuchtgehäuse, die kein Licht nach oben emittieren, einzusetzen.

B) Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften (Satzung gemäß § 91 Abs. 1 HBO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB)

- Dachgestaltung (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 HBO)**
 - Im Allgemeinen Wohngebiet sind Satteldächer und gegeneinander versetzte Pultdächer mit einer Neigung von 20° bis 40°, Walmdächer mit einer Neigung von bis zu 60° sowie Pultdächer und Zeltedächer mit einer Neigung von 10° bis 20° zulässig. Flach geneigte Dächer unter 10° sind ebenfalls zulässig. Für Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO und untergeordnete Dächer sind abweichende Dachneigungen zulässig.
 - Im Allgemeinen Wohngebiet sind zur Dacheindeckung Tonziegel und Dachsteine in Naturrot, Brauntönen und Anthrazit sowie dauerhafte Begrünungen zulässig. Solar- und Photovoltaikanlagen auf den Dachflächen sind ausdrücklich zulässig.
 - Im Allgemeinen Wohngebiet sind bei Doppelhäusern die Gebäude mit gleicher Dachform, Dachneigung und Dacheindeckung auszuführen.
- Abfall- und Wertstoffbehälter (§ 91 Abs. 1 Nr. 3 HBO)**
 Stellplätze für bewegliche Abfall- und Wertstoffbehälter sind entweder in die jeweiligen Gebäude zu integrieren oder durch Bepflanzungen mit Schnitthecken oder Laubsträuchern zu begrünen bzw. durch Pergolen oder Müllbehälterschranke gegen eine allgemeine Einsicht und Geruchsemissionen abzusichern.

- Einfriedungen (§ 91 Abs. 1 Nr. 3 HBO)**
 Es sind im Vorgartenbereich ausschließlich offene Einfriedungen und Hecken bis zu einer Höhe von maximal 1,20 m zulässig.
- Gestaltung der nicht überbaubaren Grundstücksflächen (§ 91 Abs. 1 Nr. 5 HBO)**
 Die Stellplätze und die Gebäudezuweisungen sind in wasserdrüchtigem Material herzustellen. Die Restflächen sind als Grünflächen zu gestalten. Die Anlage von Steinschüttungen und die Verwendung von Geotextilien und Kunststoffstoffen sind unzulässig.
- Dachbegrünung (§ 91 Abs. 1 Nr. 5 HBO):**
 Wohngebäude und Garagen mit Flachdächern (0 – 10° Dachneigung) sind extensiv zu begrünen.

C) Wasserrechtliche Festsetzung (§ 37 Abs. 4 Satz 2 HWG)

1 Verwertung von Niederschlagswasser
 Das Niederschlagswasser von nicht dauerhaft begrünten Dachflächen ist in Zisternen mit einer Größe von 30 l/m² angeschlossener Auffangfläche, jedoch mindestens von 3 m³ zu sammeln und als Brauchwasser zur Gartenbewässerung zu verwerten, sofern wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen. Der Überlauf der Zisternen ist an den Regenwasserkanal anzuschließen.

D) Kennzeichnungen und Hinweise

- Stellplatzsatzung**
 Auf die Stellplatzsatzung der Stadt Steinbach (Taunus) wird hingewiesen. Es gilt jeweils die zum Zeitpunkt der Bauantragstellung wirksame Fassung.
- Bodendenkmäler**
 Werden bei Erdarbeiten Bau- oder Bodendenkmäler bekannt, so ist dies der hessenArchäologie am Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Außenstelle Darmstadt, oder der Unteren Denkmal-schutzbehörde unverzüglich anzuzeigen.
 Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige im unveränderten Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (§ 21 HDSchG).
- Wasserschutzgebiet**
 Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt in der Zone IIIB des zur Festsetzung vorgesehenen Wasserschutzgebietes (WSG-ID: 412-005) für die Wassergewinnungsanlage „Pumpwerk Praunheim II“ der Hessenwasser GmbH & Co.KG. Die zukünftigen Schutzbestimmungen sind zu beachten.
- Altlasten**
 Werden bei Eingriffen in den Boden organoleptische Verunreinigungen festgestellt, ist das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung IV Umwelt Wiesbaden, Dezernat IV/Wi 41.1 Grundwasser, Bodenschutz, Kreuzberger Ring 17 a+b, 65205 Wiesbaden, zu beteiligen.
- Verwertung von Niederschlagswasser**
 - Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen (§ 55 Abs. 2 Satz 1 WHG).
 - Abwasser, insbesondere Niederschlagswasser, soll von der Person, bei der es anfällt, verwertet werden, wenn wasserwirtschaftliche und gesundheitliche Belange nicht entgegenstehen (§ 37 Abs. 4 Satz 1 HWG).
- Verkehrsbegleitgrün**
 Auf den Flächen des Verkehrsbegleitgrüns ist regionales Saatgut zu verwenden.
- Immissionsschutz**
 Aufgrund der zunehmenden Problematik bezüglich Lärmemissionen durch Luftwärmepumpen wird empfohlen, z.B. Luftwärmepumpen, Klimaanlage, Lüftungsgeräte, Mini-Blockheizkraftwerke und vergleichbare Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass die einschlägigen Emissionsrichtwerte gemäß TA-Lärm an den maßgeblichen Emissionsorten eingehalten werden.
- Artenschutz**
 - Die Erschließungsarbeiten (Baufeldräumung) erfolgen grundsätzlich außerhalb der gesetzlichen Brutzeit, also nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28./29. Februar eines Jahres. Ausnahmen sind mit der Naturschutzbehörde im Einzelfall abzustimmen und mit einer ökologischen Baubegleitung abzusichern.
 Die Rodung von Höhlenbäumen muss grundsätzlich außerhalb der Brut- und Setzzeit erfolgen.
 - Im Sinne des vorbeugenden Artenschutzes sind an geeigneten Standorten im Stadtgebiet insgesamt 6 Holzbeton-Nistkästen, davon 4 für Höhlen- und Nischenbrüter und 2 für Fledermäuse (mit bodennaher Einschlußöffnung) zu installieren und dauerhaft zu unterhalten. Mindestens 3 der Kästen sind an straßenabgewandten Außenfassaden von Gebäuden anzubringen. Auf ungehinderten An- und Abflug ist zu achten.
 - Vor den Fällarbeiten sind die Bäume durch eine fachkundige Person auf Baumhöhlen und -spalten sowie die Anwesenheit von Fledermäusen hin zu kontrollieren. Bei Anwesenheit von Fledermäusen sind diese vorsichtig in die Freiheit zu entlassen oder (falls schlafend) z.B. in einen Nistkasten zu setzen.
 - Gehölze auf angrenzenden Grundstücken sind im Kronen- und Wurzelbereich entsprechend der DIN 18520 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ zu schützen.

- Artenauswahl**

Artenliste 1 Laubbäume: Pflanzqualität mind. H., 3 x v., 16-18

Acer campestre 'Elsrijk'	- Feldahorn	Pyrus calleryana	'Chanticleer'	- Wildbirne
Acer platanoides 'Columnare'	- Spitzahorn	Sorbus aucuparia		- Eberesche
Betula pendula	- Hängebirke	Carpinus betulus		- Hainbuche
Fagus sylvatica	- Rotbuche	Frangula alnus		- Faulbaum
Fraxinus excelsior	- Esche	Juglans regia		- Walnuss
Lonicera xylosteum	- Heckenkirsche	Malus sylvestris		- Holz-Apfel
Populus tremula	- Espe	Prunus avium		- Vogel-Kirsche
Prunus padus	- Traubenkirsche	Salix alba		- Silber-Weide
Salix rosmarinifolia	- Rosmarinweide	Sorbus domestica		- Spier-Weide
Tilia cordata 'Greenspire'	- Stadtlinde	Crataegus x prunifolia 'Splendens'		- Weißdorn
Tilia cordata 'Rancho'	- Winterlinde			

Artenliste 2 Heimische Sträucher: Pflanzqualität mind. Str., 2 x v., 100-150

Amelanchier ovalis	- Felsenbirne	Cornus sanguinea		- Hartrieel
Cornus mas	- Kornelkirsche	Berberis vulgaris		- Berberitze
Corylus avellana	- Hasel	Carpinus betulus		- Hainbuchen
Crataegus monogyna	- Eingr. Weißdorn	Crataegus laevigata		- Zweig-Weißdorn
Euonymus europaeus	- Pfaffenhütchen	Ligustrum vulgare		- Liguster
Prunus spinosa	- Schlehe	Rosa glauca		- Esigrose
Rosa canina	- Hundrose	Rosa rubiginosa		- Weinrose
Sambucus nigra	- Schw. Holunder	Sambucus racemosa		- Ro. Holunder
Viburnum lantana	- Wol. Schneeball	Viburnum opulus		- Gew. Schneeball

Artenliste 3 Kleinsträucher: Pflanzqualität mind. Str., 2 x v., 30-40

Potentilla fruticosa-Sorten	- Fünffingerstrauch	Rosa rugosa-Sorten		- Apfelrose
Ligustrum vulgare 'Lodense'	- Zwergliguster	Spiraea spec.-Sorten		- Spieren
Lonicera pileata	- Heckenkirsche	Vinca major		- Immergrün

Artenliste 4 Kletterpflanzen: Pflanzqualität Topfballen 2 x v., 60-100 m

Hedera helix	- Efeu	Parthenocissus quinquefolia		- Wilder Wein
--------------	--------	-----------------------------	--	---------------

- Empfehlung**
 - Empfehlung Artenschutz und Wanderungsbewegungen**
 Es wird empfohlen bei Einfriedungen eine Bodenfreiheit von mindestens 15 cm Höhe auszubilden, um das bebaute Gebiet durchgängig für kleinere Tiere zu machen. Auf sogenannte Sockelmauern (unten Mauer, oben Zaun) sollte verzichtet werden.
 - Schutz vor Vogelschlag**
 Das Risiko einer signifikanten Erhöhung von Vogelschlag an Glasbauteilen ist gemäß § 44 BNatSchG zu minimieren. Hierzu sollten Maßnahmen zur Vermeidung von Vogelschlag getroffen werden, z.B. durch die Verwendung von UV-reflektierenden Markierungen, die für Vögel sichtbar sind, sowie die Installation von externen Netzen oder Jalousien an stark betroffenen Fenstern. Zudem sollen Fenster mit Mustern oder Beschichtungen versehen werden, die die Sichtbarkeit für Vögel reduzieren und somit Kollisionen minimieren. (vgl. u.a. Publikation der Schweizerischen Vogelschutzwerke Sempach "Vogelfreundlich Bauen mit Glas und Licht" (2022))

Verfahrensübersicht (Beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB)

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst am ---
 Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am ---
 Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am 07.03.2024
 Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom 18.03.2024 bis einschließlich 22.04.2024
 Der Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 5 HGO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB und § 91 HBO erfolgte durch die Stadtverordnetenversammlung am 29.04.2024
 Die Bekanntmachungen erfolgten in der *Taunus Zeitung*.

Ausfertigungsvermerk:
 Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten worden sind.

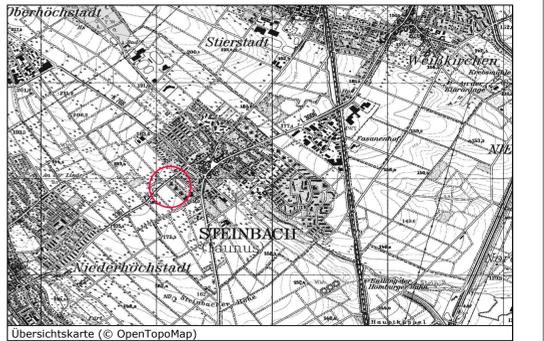
Steinbach (Taunus), den _____
 Bürgermeister

Rechtskraftvermerk:
 Der Bebauungsplan ist durch ortsübliche Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft getreten am: _____

Steinbach (Taunus), den _____
 Bürgermeister

Stadt Steinbach (Taunus)

Bebauungsplan "Schwalbacher Straße" 1. Änderung



Satzung	
Stand:	27.02.2024
Bearbeitet:	Schade / Linne
CAD:	Leinweber
Maßstab:	1:500

Verfasser:

Plan.ES Elisabeth Schade Dipl.-Ing. Städtebauarchitektin und Stadtplanerin, AKH

Alte Brauereihalle, Lehgastmeyer Weg 37, 35302 Gießen
 Tel. 0641 / 87 73 634-0 / Fax. 0641 / 87 73 634-9 / info@plan-es.com